

Bezugspreis:

Wochenblatt 4 75 Hk., monatlich 2 25 Hk., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag, einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokratischer Verein“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 3. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Friedensverhandlungen in Bremen.

Am 2. Februar, 3 Uhr morgens, fanden in Bremen Verhandlungen statt.

Bremer Volksbeauftragte, Vertreter des Bremer Soldatenrats und der Bremer Mehrheitssozialisten ...

Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten.

Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korps-soldatenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung ...

Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg ...

Die Genossen Ruch (Sicherer-Ausschuss Groß-Hamburg), Brede (Sicherer-Ausschuss Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet ...

Genosse Lampf vom Zentralrat und Leutnant v. Brigelwitz (Lehrer als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Unterschriften:

Lampf (Hamburg), R. Erlinger, A. Drettmann, Profunkiewicz vom Rat der Volksbeauftragten Bremen, Waigand, Schindelhauer und Scheller als Vertreter der Mehrheitssozialisten, Graeger (Arbeiterrat Oldenburg), Ruch (Soldatenrat Groß-Hamburg), Libertin und Frese (Soldatenrat Bremen), Pool (Korps-soldatenrat des 9. Armeekorps), Behrens (Wandtags-abgeordneter, Oldenburg), Hauptmann Danner und Leutnant v. Brigelwitz (Division Gerstenberg).

Damit wäre das Hauptziel der gegen die Bremer Spartakusherrschaft gerichteten Aktion erreicht. Die Bevölkerung Bremens soll nach ihrem eigenen Willen von einer selbstgewählten Volksvertretung geleitet werden ...

Vor diesen Verhandlungen hatte der Große Arbeiterrat Hamburg mit 232 gegen 208 Stimmen auf Antrag Dr. Rauffenbergs beschlossen, die Hamburger Arbeiterschaft zu bewaffnen und mit allen militärischen Mitteln zu unterstützen.

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Regierung hat sich im Laufe des heutigen Tages sehr eingehend mit ihrem Geanstand beschäftigt, und aus ihren Beratungen dürften neue Einigungsversuche hervorgehen.

Bremen, 2. Februar. Zwischen der Division Gerstenberg und der Regierung von Bremen ist bis Sonntag Nacht 12 Uhr Waffenstillstand beschlossen.

Achtstundentag in Amerika.

Wash., 1. Februar. (Meier.) Infolge der allgemeinen Annahme der von den Textilarbeitern Neu-Englands geforderten 48stündigen Arbeitswoche durch die Arbeitgeber ...

Die Arbeiten der Internationale in Bern.

Bern, 2. Februar, 3 Uhr nachm. (Sig. Draßler, d. „Vorwärts“.) Während heute der Schweizer Parteitag tagte, arbeiten zwei Kommissionen fleißig für den Kongreß.

Damit der Kongreß morgen mit der Besprechung dieses Problems beginnen kann, will die Unterkommission noch heute nacht den Anwesenden ihre Resolution vorlegen.

Die Territorialkommission legten die Delegierten der deutschen Mehrheit eine Resolution über die Rückgabe der deutschen Kolonien, eine Resolution über die staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens, eine Resolution über die Zurückweisung der Absichten des französischen Imperialismus auf Saargebiet, Pfalz und links Rheinufer und schließlich eine Resolution über die Regelung der deutsch-polnischen Grenzfragen vor.

Die Resolution über Elsaß-Lothringen lautet: Die deutsche Sozialdemokratie weist die Entscheidung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens dem freien Entschluß seiner Bevölkerung zu, die beim Ausbruch des Krieges im Lande anständig war.

Die Resolution über Polen lautet: Bei der Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der nach Punkt 13 des Wilson-Programms die Landestteile mit einer ungewissen polnischen Bevölkerung umfassen soll, muß die Bestimmung der Grenzlinien zwischen dem zukünftigen polnischen Reich und Deutschland durch die Abstimmung der Bevölkerung in den sprachlich und national gemischten Gebieten erfolgen.

Deutsch-Oesterreichs Anschluß.

Ein Delegierter für das deutsche Staatenhand.

Gelegentlich einer Demonstration für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland in Wien führte Staatssekretär Genosse Bauer unter stürmischem Jubel der Demonstranten aus:

Sie haben Ihren Willen kundgetan, daß die Grenzen zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich endlich fallen. Wir sind darin eines Sinnes. Es war und ist der heiligste Wunsch meines Lebens, Deutsch-Oesterreich mit den anderen deutschen Stämmen wieder vereinigt zu sehen, vereinigt in der großdeutschen Republik, und ich bin sehr überzeugt, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, dieses große Ziel zu verwirklichen.

Auch Dänemark bricht mit den Bolschewisten.

Nachdem bereits vor einiger Zeit der dänische Gesandte Scandens aus Petersburg abgereist war (die dänische Regierung hatte ihm die Rückkehr, seiner persönlichen Sicherheit wegen, anheimgestellt), ist jetzt auch dem bolschewistischen Gesandten in Kopenhagen, Dr. Suresch, mitgeteilt worden, daß seine Anwesenheit nicht mehr wünschenswert sei.

Weltarbeitsrecht durch den Völkerbund.

Von Professor Dr. Alfred Manes.

In dem durch eine Studienkommission der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht festgestellten Entwurf einer Verfassung des Völkerbundes findet sich ein „Arbeiterrecht“ überschriebener Artikel, in welchem in 5 Zeilen die Verpflichtung der Völkerbundstaaten zum Ausdruck gebracht wird: in ihren Ländern ein Mindestmaß gleichwertiger Einrichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit, sowie des Rechtes und der persönlichen Freiheit der Arbeiter zu schaffen.

Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn selbst der Weltkrieg mit all seinen Gefahren, Verheerungen und Verleumdungen in der organisierten Arbeiterkraft der ganzen Welt das Bewusstsein an einer großen Reihe wichtiger Grundzüge des Arbeiterrechts, der Arbeiterversicherung, des Arbeitsrechtes nicht über den Schatten zu werfen vermocht hat.

Daher nachdem der letzte Reichskongreß allen Stills in seiner Programmrede vom 5. 10. 19, also zu einer Zeit, in der der Arieasausgang noch nicht durch Abschluß des jehianen Waffenstillstandes entschieden war, sich unmissverständlich zum Völkerbund und zu weitgehenden sozialpolitischen Maßnahmen in seiner

Verfassung wie in den Friedensverträgen bekannt hatte, hat das Reichsamt unter seinem neuen Staatssekretär Bauer die Ausarbeitung von Grundrissen eines Weltarbeitsrechts in Form eines Zusatzvertrages zum Völkerbund sich angelegen sein lassen. Seit Wochen liegen diese deutschen Vorschläge vor, an welchen mitgearbeitet zu haben, dem Verfasser dieses Aufsatzes zu besonderer Ehre gereicht. Bedauerlich ist nur, daß die Veröffentlichung dieser deutschen Vorschläge erst in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Februar 1919 erfolgt ist. Wären diese früher der Öffentlichkeit übergeben und insbesondere auch im feindlichen Ausland bekannt geworden, so hätte vielleicht doch manche Ententeregierung es nicht gewagt, mit so antisozialen Maßregeln hervorzutreten, wie es der Fall gewesen ist z. B. hinsichtlich der Aufhebung des 8-Stunden-Arbeitsgesetzes in den besetzten Gebieten, eine kurzfristige Anordnung, auf welche die Arbeiter der feindlichen Staaten früher oder später ihren Regierungen die Antwort nicht schuldig bleiben dürften.

Die deutschen Vorschläge suchen nun zu vereinigen, was in Buffalo, in Leeds und in Bern von den Arbeitern aller Nationen verlangt worden ist. Ja, sie gehen in mehreren Beziehungen noch darüber hinaus und verlangen beispielsweise in Ziffer 17, daß jegliche Arbeitsdauer für alle Arbeiter in gewerblichen Betrieben 8 Stunden nicht überschreiten darf, während hinsichtlich der Sozialversicherung gefordert wird, daß alle beteiligten Staaten, soweit es noch nicht der Fall ist, eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit, sowie eine Hinterbliebenen- und eine Mutterschaftsversicherung durchführen müssen, wobei diese Versicherung auf die Heimindustrie auszudehnen ist. Daß bei alledem die deutsche Regierung sich nur bei allseitiger Annahme ihrer 27 Punkte an ihre Vor schläge gebunden erachtet, bedarf wohl kaum mehr besonderer Hervorhebung.

Der künftige Geschichtsschreiber der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung wird zweifellos das am 1. Februar veröffentlichte Dokument für nicht minder bedeutsam erklären, als beispielsweise jene berühmte deutsche Botschaft aus dem Jahre 1881, durch welche die großzügige Sozialreform des Reiches eingeleitet wurde, die auch in den Kreisen unserer Feinde unumwundene höchste Anerkennung gefunden hat, insbesondere seitens Lloyd Georges, der bekanntlich noch kurz vor Kriegsausbruch seinem Lande ein Stück Sozialversicherung nach deutschem Vorbild zu verschaffen erfolgreich unternommen hat. Wir dürfen und wollen es laut mit Stolz verkünden, daß wir als vollberechtigte Mitglieder des zu schaffenden Völkerbundes mindestens auf einem Gebiet etwas einzubringen haben, was in gleichem Umfang, in gleicher Güte und mit gleichem Erfolg kein anderes Volk zu bieten vermag. Es kann sein, daß unsere Feinde recht haben, wenn sie behaupten, die Deutschen von 1914 seien das militärischste Volk der Welt gewesen; aber es wird auf dem ganzen Erdball niemand den Nachweis zu erbringen vermögen, daß die Deutschen 1914 nicht auch sozialpolitisch im Allgemeinen an der Spitze marschierten.

Wir können nur wünschen und hoffen, daß das, was das unterlegene Deutschland ungeduldet seiner noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der großen Masse seiner Bevölkerung sozialpolitisch zu bieten vermag und gewillt ist, auch Teilen der noch im Siegestaumel befindlichen Ententeländer ihren Arbeitern geboten wird; denn nur, wenn die Friedensverträge und Völkerbündnisse durch weitgehende sozialpolitische Bestimmungen ein modernes menschenwürdiges Weltarbeitsrecht bringen, kann von einem dauernden Frieden die Rede sein — zwischen den Völkern und innerhalb der einzelnen Völker.

Nahrungsmittel die schwere Menge.

Exerzierplätze, Staatsdomänen.

Die Verordnung über die Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland leitet eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Besitzverteilung ein. Die große Masse von Menschen, die in der Industrie nie wieder Beschäftigung finden werden, soll aufs Land abgeleitet werden, um dort im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb die agrarische Produktion Deutschlands vorzuführen zu helfen. Man ist sich darüber wohl im allgemeinen einig geworden, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb zwar gewisse Vorteile gegenüber dem Kleinbetriebe hat, daß er aber nur in einem Staate mit erheblichem Reichtum und mit einem gleichzeitigen Mangel an Landarbeitern möglich ist. Der Kleinbetrieb holt mehr aus der Scholle heraus als der Großbetrieb und das ist heute das Entscheidende für Deutschland.

Am allerfruchtbarsten ist der gärtnerische Betrieb der Landwirtschaft. Das Gartenbetriebe hat immer mehr Ertrag abzuwerfen als das Feld; der Ertrag ist gegenüber dem Pfluge das intensiver wirkende Werkzeug.

Für den Spaten liegt aber unendlich viel Land in Deutschland bereit. Wie reich sind während des Krieges die leeren wildliegenden Paugelände durch benachbarte Bewohner in dankbare Gemüsegärten umgewandelt worden — wie viele Gartenkolonien sind auf Landstücken entstanden, auf denen vorher nur der schwere Tritt exerzierender Soldatenabteilungen stampfte. Wie viele neue Gemüsegärten könnten aber in der ersten Frühlingssonne von fleißigen Händen besät werden, wenn raschstens die große Anzahl der Exerzier- und Truppenübungsplätze für die Lebensmittelproduktion freigegeben würden.

Die Exerzierplätze werden zunächst nicht mehr gebraucht. In und um Berlin, in und um jede Garnisonstadt, auf den Höhen fast leerer Kasernen ist Land dieser Art in Ueberflut bereit. Es wartet nur der Spaten, um der jetzt toten Erde Früchte zu entlocken.

Heraus! Kriegsministerium — hier ist ein Schritt zu tun, der des Dankes von vielen Tausenden von Menschen sicher ist. Nur hierbei nicht ängstlich am Inflationenweg leben und warten, bis ertliche Jentner Aktienbogen deswegen beschrieben sind, sonst ist es zu spät. Hier sind auch keine Kompetenzkonflikte zu gewärtigen und lange Gutachten einzuholen.

Hier genügt es einfach zu sagen: „Gesamtan alle Generalkommandos! Sie haben sofort alles Gelände des Militärstützpunktes, mit Ausnahme des unbedingt für Ihre Zwecke noch nötigen, der Bevölkerung für hausgärtnerische Zwecke zu mäßigen Pachtpreisen zur Verfügung zu stellen. Kasernenhöfe und sonstiges befestigte Gelände ist soweit als irgend möglich mit Ackerland aufzufüllen. Militärische Gespanne sind dazu heranzuziehen. Für die Abgrenzung der einzelnen Pachtparzellen sind Kampfpflanze mit Frucht aus militärischen Beständen, soweit der Vorrat reicht, zum Selbstkostenpreise bereitzustellen. Mit Hilfe der Lokalpreise oder auf sonst geeignete Weise ist das Pachtangebot sofort zu veröffentlichen. Truppenübungsplätze oder Gelände, die für hausgärtnerische Kultur zu weit abseits der Wohnplätze der Bevölkerung liegen, sind als Dauernland — vorerst pachtweise und langfristig — auszubieten. Innerhalb 10 Tagen ist erstmalig Bericht über das bis dahin Betanlagte und Geschehene zu erstatten, dem Bericht sind Pläne und alle Angaben beizufügen, die notwendig sind, um einen klaren Blick über die ganze Angelegenheit zu gewinnen.“

Nur keine Ausreden mit aber und wenn und jedoch. Zu Ausreden ist jetzt keine Zeit mehr. Das sollte mit dem Eufel zugehen, wenn nicht im Frühjahr aus den meisten Exerzierplätzen Gemüsegärten und Ackerland geworden wären.

Das Kriegsministerium braucht dadurch in seinen laufenden Ausgaben nicht gestört zu werden. Man kann ein besonderes Bureau einrichten, das alle diese Angelegenheiten zu bearbeiten

hat. Aber kein Bureau mit Bureaukräften, sondern mit ein paar Leuten mit gesundem Menschenverstand und offenem Blick für die dringendsten Bedürfnisse unseres Volkes.

Wir kennen ja das Elend unserer Volksernährung. Jeder Mensch mit warmem Gefühl für unser Volk sucht nach allen Möglichkeiten, die unsere Lage erleichtern könnten. Wir sind auch überzeugt, daß das Kriegsministerium alles tun wird, was für die Milderung unserer Ernährungsschwierigkeiten von seiner Seite beizutragen werden kann. Darum wollen wir dieser Anregung noch eine zweite folgen lassen.

Das Kriegsministerium hat durch die Remonteverwaltung eine Reihe von Staatsdomänen in gewirtschaftlicher Siedlungsland, die Arbeitslosigkeit und die notwendig gewordene wirtschaftliche Neuorientierung Deutschlands zwingen zu stärkerer V. Siedelung des Landes, zur Schaffung von Kleinbauernstellen und zu intensiverer Ausnutzung des Bodens. Die Domänen die sich zurzeit in den Händen der Remonteverwaltung befinden, werden zu ihrem bisherigen Zweck nicht mehr in vollem Umfange benötigt. Ueberhaupt hat bei dem gegenwärtigen Stande unserer militärischen Verhältnisse die Remonteverwaltung den größten Teil ihrer Existenzberechtigung verloren.

Man gebe für die neuen Siedlungsbedürfnisse in erster Linie die von der Remonteverwaltung noch bewirtschafteten Staatsdomänen frei.

Spartakistenwirtschaft in Düsseldorf.

Notizschrei der Stadtverwaltung.

Die Düsseldorf Stadtverwaltung richtet einen öffentlichen Aufruf an die Bürgerschaft, in welchem über die städtische Finanzlage u. a. ausführt wird: Die Gesamteinnahmen der Stadt betragen im Jahre 1918 rund 20 Millionen Mark, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen. Im Jahre 1919 werden die Einnahmen aus nacheinanderstehenden Gründen erheblich zurückgehen. Die Zinsen der Anleihe und die Erträge der laufenden Ausgaben werden dadurch schätzungsweise um Mehrbedrag von etwa 10 Millionen ergeben. Dazu kommen noch ungedeckte Mehrausgaben. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat bisher vereinbart dem Garnisonkommando rund 1 1/2 Millionen durch Abhebung bei der Stadtkasse rund 650 000 Mark. Hierüber fehlen bisher Nachweis und Abrechnung. Wie in Zukunft die Mittel für die Verwaltung beschafft werden sollen, ist ganz ungewiß, da die Reichsbank die Verneinung weiterer Mittel abgelehnt hat. Bei den heimischen Banken hat die Verwaltung Kredite in Höhe von 20 bis 40 Millionen Mark in Anspruch genommen. Diese Kredite sind in Kürze fällig, und ob auf eine Verlängerung zu rechnen ist, ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen sehr fraglich. Wie ihre Rückzahlung erfolgen soll, ist ganz unklar. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die gegenwärtige Verwaltung die Einziehung der größeren Vermögen und die Erhebung von Steuern im Vertrage des Weltkrieges der höheren Steuern. Hierzu fehlen jedoch gesetzliche Grundlagen. Wir dürfen daher der Spartakisten die Mitteilung nicht vorenthalten, daß die Finanzwirtschaft unserer früher schönen Gemeinde vor dem Zusammenbruch steht. Retten kann und nur Ordnung und Arbeit.

Beiriffsverwirrung.

Die „Freiheit“ berichtet:

In Jena hatte es der Arbeiter- und Soldatenrat für notwendig gehalten, (1) den Vorsitzenden des Bürgerreits Dr. Bohle zu verhaften. Bohle hatte sich geweigert, nachdem er die Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats durchzuführen hatte, schriftlich den Arbeiter- und Soldatenrat als die höchste Behörde anzuerkennen und gleichzeitig zu erklären, sein Amt als Vorsitzender des Bürgerreits nicht dazu zu benutzen, die Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats zu durchkreuzen.

Der Bürgerrat wendete sich natürlich telegraphisch an die Regierung und an den Zentralrat. Pflüchschuldigt wurde natürlich

Die größte Funkstation der Erde.

Die deutsche Reichsfunkleitung wird nach den neuesten Meldungen eine neue einheitliche Organisation in einem weiteren Ausbau erfahren. Die wichtigste Grundlage der für unseren künftigen friedlichen Verkehr hochbedeutungsvollen Funktelegraphie ist über die Telefunkenstation Kauen, über deren großartige Entwicklung im Kriege ein Aufsatz der „Kriegstechnischen Zeitschrift“ unterrichtet.

Obwohl man in Deutschland viel größere Schwierigkeiten bei der Funktelegraphie zu überwinden hatte als in England, ist Kauen trotzdem die größte Station der Erde geworden. Die 1908 gegründete Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, allgemein unter dem Namen Telefunken-Gesellschaft bekannt, hatte vom ersten Tage ihres Bestehens an im Ausland einen schweren Kampf gegen die Marconi-Gesellschaft zu führen, die von England, Italien und Amerika kräftig unterstützt wurde. Die Gesellschaft errichtete 1908 in Kauen bei Berlin eine große Versuchstation, die damals über 15 Vierdrähter zur Erzeugung der elektrischen Wellen verfügte. Eine praktische Aufgabe trat an die Station erst heran, als im Jahre 1910 auf Anregung des Reichspostamts eine funktelegraphische Verbindung zwischen Deutschland und den Kolonien angebracht wurde. Die zuerst in Kamerun, sodann in Togo vorgenommenen Versuche hatten unter schwerem Mißgeschick zu leiden. Der von 100 auf 200 Meter erhöhte Turm in Kauen wurde im März 1912 durch einen Sturm umgestürzt, worauf die Gesellschaft einen überhöhenfähigeren Turm von etwa 200 Meter Höhe errichtete. Der tatsächlichen Arbeit gelang es, in der kurzen Zeit von 1912 bis 1914 die Grundlage für ein funktelegraphisches Kolonialnetz zu schaffen. Die englische Marconi-Gesellschaft hatte bereits seit Jahren einen funktelegraphischen Dienst zwischen England und Kanada eingerichtet und bemühte sich, auch eine direkte funktelegraphische Verbindung zwischen England und den Vereinigten Staaten herzustellen. Die deutsche Gesellschaft trat nun mit der Marconi-Gesellschaft in Konkurrenz und errichtete eine Funkstation in Savannah bei New York. Die Versuche führten im Januar 1913 zu dem Erfolge, daß zum erstenmal Funktelegramme von Deutschland nach Amerika übermittelbar werden konnten, und die Verbindung wurde technisch so vervollkommen, daß ein drahtloser Verkehr zwischen Deutschland und Amerika geschaffen war, bevor noch die Marconi-Gesellschaft ihren Plan durchführen konnte. Die Telefunken-Gesellschaft hatte auch bereits vor dem Kriege nach Vereinbarung mit der Republik Columbia eine Funkstation in Cartagena errichtet, die indessen auf Verreiben der feindlichen Mächte geschlossen wurde. Die Verbindung Kauen-Savannah hat dann während des Krieges bis zum Abbruch der Beziehungen mit Amerika den Regierungen und der Geschäftswelt hervorragende Dienste geleistet. Bei Kriegsausbruch war die Energie bereits auf 300 Pferdestärken gesteigert, und beim Telefunken wurden ein Turm von 200 Meter Höhe und drei Turm von je 150 Meter Höhe verwendet. Während des Krieges wurde dann Kauen zur größten Station der Welt ausgebaut. Mit zwei Türmen von je 200 Meter Höhe und sieben Türmen von je 120 bis 150 Meter Höhe sowie einem Kraftstromwerk von etwa 1000 Pferdestärken werden jetzt Entfernungen von mehr als 10 000 Kilometer überbrückt, wobei es möglich ist, zu gleicher Zeit mit zwei in verschiedenen Weltstrichungen liegenden Stationen in Verbindung zu treten.

Bereits im Herbst 1914 wurden auch Privattelegramme in großer Menge befördert, deren Zahl schließlich in der Richtung

nach Amerika auf 150 000 Wörter monatlich anwuchs. Im Jahre 1915 wurden 1,33 Millionen Wörter, im Jahre 1916 etwa 2,56 Millionen Wörter und bis September 1917 etwa 3,88 Millionen Wörter in Kauen verarbeitet. Die Geschwindigkeit der Uebermittlung wurde von 100 Buchstaben in der Minute auf 250 Buchstaben erhöht. Außer dem Verkehr mit Amerika hat die deutsche Funktelegraphie auch den Verkehr mit den deutschen Kolonien so lange wie möglich aufrechterhalten; sie hat vor Ausbruch des Krieges ungeheure deutsche Werte gerettet, indem sie die in See befindlichen Schiffe rechtzeitig warnte; sie war für den U-Boot-Krieg und die Navigation der Kriegsschiffe unentbehrlich und hat die einzige Möglichkeit geboten, den Meldungen des feindlichen Nachrichtenwesens einen fortlaufenden deutschen Nachrichtendienst entgegenzustellen.

Eudermann: „Das höhere Leben“.

Residenztheater.

Das Stück, das bei seiner Premiere mit unumstritten starkem Applaus aufgenommen wurde, stammt ebenso wie das schon aufgeführte Schauspiel „Eine gut geschnittene Erde“ aus dem von Eudermann während der Kriegszeit herausgegebenen Dramenbande „Die enttörnte Welt“. Der Verfasser lehrt hier zu seinem „Sodoms Ende“ so oft von ihm behandelten Lieblingsthema, zur Schilderung der Korruption in Kreisen des Berliner Westens, zurück. Die Schärfe der Satire und ebenso auch das gewisse Behagen an dem pikanten Stoffe ist unverändert. Aber während sich die Satire der Eudermannschen Sittensatiristen sonst mit einer vernünftigen und meist auf raffinierte Situationseffekte zugeschnittenen Handlung verbindet, hat der Verfasser hier, zum ersten Male wohl, auf die Dargestellte aber in diesem Sinne „spannenden“ Momente völlig verzichtet. Die Komödie ist ein Konversationsstück ohne Handlung und Intrige, und so gibt es hier auch nichts von den Gewalttätigkeiten des Autors. Daß er dabei nicht weniger den Abend über sein Publikum zu unterhalten verstanden, will immerhin etwas bedeuten.

Den Titel: „Das höhere Leben“ führt das Drama nach einem Worte seines wichtig-amäntanten Haisonneus, des Frauenliebings und Malers von Selzer, der es auf eine viel bemühte billige Weise münzt. Die Rose berer, die so schwach und trägt, auch nur ein ganz bescheidenes Durchschneidemaß von Pfländen zu erfüllen, gerade in dieser Ohnmacht den Beweis von etwas Höherem entdecken wollen. Die Seidstehen sind feld am ehesten bereit, sich als die „Amerikaner“ aufzuspielen.

Proa Lolo, die ihren reuherzig vertrauenden Gatten, dem sie noch nicht das Wasser reicht, gewohnheitsmäßig hintergeht und sich dabei in ihrer Eitelkeit höchst interessant dünkt, ist ein besonders ausgeprägtes Exemplar des Typus. Den einen Freund ihres Namens, einen harmlosen, verbeuten Junggesellen, hat sie durch reserviertes Kolettieren zum Herold ihrer Tugendhaftigkeit gewonnen, während sie den anderen, den galanten Waleersmann, nach längerem intimen Verkehr mit intensivem Poch beehrt. Herr Eugen Burg brachte die Kreuzung felder Liebendürftigkeit und eines mit allen Burden geheften Jansons in der Figur dieses unverfälschten Kurwaders mit verblüffend amänter Eitelkeit heraus und fand in Herrn Fleming, der einen verwandten, nur ein wenig sentimentalischer angehauchten Süßholzadlertypus darzustellen hatte, einen ebenbürtigen Partner.

Auch dieser Herr, ein Rufikus, hat Volgs Günst erfahren, und sie scheint bei abermaligem Wiedersehen nicht abgeneigt, das Spiel

von neuem zu beginnen. Den mehr oder weniger verblühten Salon-Zweidreierfolgten im dritten Akt, der den Erfolg entschied, die Szenen, die Lolo und ihre Freundin in dem Modemagazin einer nebenher auch andere Geschäfte besorgenden Dame ohne die gewohnte Edminte zeigen. Rosa Galetti als Besitzerin des Unternehmers war mit den aufdringlichen Straßenmanieren und dem dünn aufgetragenen Pariser Finitis von flappernd quirlender Lebendigkeit. Olga Limburg und Donat Krastadt akkompagnierten in den Rollen der vornehmlichen Wandänen, die sich bei ihr so heimlich fühlen, gleichfalls sehr geschickt. Es war ein Wettkampf zynisch-selbstgefälliger Erinnerungen, die ins Halbdunkel der Vergangenheit grell hineinleuchteten. Auch die beiden Don Juans, jeder der drei Damen durch frühere Beziehungen verbunden, treten, da zur kurzen Visite an, doch kaum daß sie gegangten, verwandelt Eiferucht die Eckenharmonie der holden Weiblichkeiten zu bitterböser Feindschaft. Man fällt mit ausgeführten Köpften übereinander her und scheidet in der Absicht, diese noch zu überleben.

Ueber Lolo wird von einer Art Familienrat Bericht gehalten, der ihr indessen wenig imponiert. Dem Gatten, der sie glücklich los wird, denkt sie die enbloße Geblut mit hübnischen Beschuldigungen. — Der Vater aber bewahrt seine berühmte Brauenerkennung, indem er Lolo als gleichgesinnte und gleich hübnige Kameradin glückselig zum Klare führen wird.

Vollsbühne: Sinfoniekonzert!

Zum dritten Male spielte die Kapelle des Opernhauses unter Frits Stieders Leitung Sinfonien von Mozart und Brahms. Von erstem die dreifache D-Dur. Mozart schrieb sie fast am Gipfel seiner musikalischen Meisterschaft. Das Rehlen des, nach Soudas Vorgang, bis dahin auch von ihm komponierten Requiemes kann vielleicht so bedeutet werden, daß Mozart auf dem Wege war, neuen Inhalt für traditionelle Formaten zu verladen. Das dem zum Eingang genommene Adagio folgende Allegro atmet nämlich jene göttlich-beitere Atmosphäre, die wir aus seinem Requiem kennen und lieben.

Wenn aber auf dies im ganzen keinerlei Besonderheiten vermerkende große Werk, das denn auch gemäß diesem seinem Charakter mit schwebend großer Leichtigkeit und Klarheit midergehen wurde, Brahms vierte und letzte Sinfonie E-moll erklingt, so wird auch dem musikalischen Reizen der Kontrast zwischen diesen beiden, zwei verschiedene Epochen bezeichnenden Meistern offenbar. Dort Ruß aus Ruß, hier — man merkt die Zwischenkunft eines Hochobers — Kampf um Lebensinhalt und tiefgreifende Ideen. Brahms, der schwerblütige, träumerisch verlassene Niederdeutsche, tritt sofort, speziell natürlich im zweiten Satz, dem Andante, in die Erscheinung. Sinfonien sollen — etwas seltsam — drei Akte auf, die, verschieden nach ihrem Inhalt, verschieden hinsichtlich ihrer Formenprobe, von Stieders konsequent erfasst und vom Orchester, ungenau woffklingend im Streicherchor, dultig-sart bei den Bläsern, vorgetragen wurden. Ein ist sicher: die wertige Generation steht dieser Sinfonie ungleich sympatischer gegenüber, als Brahms Reizenoffen vor reichlich zweidreierzig Jahren, da sie geschaffen ward. Uns hat sich, aus der gewonnenen Fernwirkung, des Menschen und Künstlers so reiches als eigenwilliges Wesen voller und klarer aufsteigen — dank nicht zum wenigsten Dr. Stieders und dank dem Orchester des Opernhauses, das durch die Revolution so mancher lästigen Reizen entzündt, zu wahrhaftiger sozialistischer Freiheit emporzusteigen berufen sein sollte.

von beiden die Haftentlassung verfügt, ohne den Arbeiter- und Soldatenrat Jena zu hören.

Wir lassen die beiden Telegramme folgen:

1. Hier wird Beschwerde geführt über unberechtigte Verhaftung Justizrats Lohse ohne richterlichen Befehl, weil er sich weigert, schriftliche Erklärung abzugeben, daß er die Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats nicht durchzuführen werde. Willkürliche Verhaftung verstößt gegen wichtige revolutionäre Errungenschaften der persönlichen Freiheit. Recht der Meinungsfreiheit auch gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat muß unbedingt respektiert werden. Strafverfolgung nur durch ordentliche Richter. Ersuchen um sofortige Haftaufhebung.

Reichsregierung Ebert.

2. Wir erziehen, sofort die Verhaftung von Dr. Lohse, Vorsitzenden des dortigen Bürgerrats, rückgängig zu machen und Bürgerrat nicht weiter in seiner Tätigkeit zu behindern, sowie uns davon Kenntnis zu geben.

Zentralrat Heller.

Da der Arbeiter- und Soldatenrat nun so, daß man doch noch gegen willkürliche Verhaftung einschreiten, wurde in der Sitzung vom 30. Januar folgende Resolution angenommen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat Jena verbittet sich ganz energisch, daß die Regierung und Zentralrat Verfügungen über unsere Köpfe hinweg trifft ohne uns zu hören. Derartige Maßnahmen können bloß dazu dienen, das Ansehen der Arbeiter- und Soldatenräte zu schädigen und die Gegenrevolution zu stärken. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Meinung, daß die Regierung dieselbe Entschiedenheit gegen willkürliche Verhaftung und Wahrung des Rechts der Meinungsfreiheit viel besser zum Ausdruck bringen würde, wenn sie zunächst den Genossen Ledebour aus der Haft entließ und der Diktatur der Gegenrevolution in Berlin ein Ende macht.

Was würde die „Freiheit“ wohl sagen, wenn die Reichsregierung jeden ohne weiteres festsetzen würde, der sich weigert, sie schriftlich als die höchste Behörde anzuerkennen? Wenn sie z. B. den Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat wegen seines unverdächtigsten Telegramms verhaften ließe? Wie würde sie da über Gewalt Herrschaft schreiben! Hier aber überblickt sie, daß im Falle Ledebour ebenso gefänglich verfahren worden ist, wie im Falle Lohse vollkommen ungefällig. Das inoffizielle Verhalten des Jenaer Arbeiter- und Soldatenrats deckt sie mit der einfachen Redensart: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat es für notwendig gehalten...“ Und Punktum.

Geradezu erheitert wirkt folgende „Freiheits“-Meldung aus Brien:

Der dortige Soldatenrat stellt fest, daß der Zentralrat seine Schuldigkeit nicht getan, sondern sich vielmehr eine große politische Pflichtverletzung hat zuschulden kommen lassen. Da das 6. Armeekorps (Breslau) im reaktionären Hohenzollernschwimm und von dem dortigen Soldatenrat, dessen erster Vorsitzender, Kamerad Bogit, einen Sitz im Zentralrat hat, unterstützt wird, steht sich der Soldatenrat von Krieg veranlaßt, allen Verfügungen des 6. Armeekorps die Anerkennung zu verweigern.

Die mehrheitssozialistische Richtung wird für reaktionär und gegenrevolutionär erklärt, denn ist alles gegen sie erlaubt. Die „Freiheit“ aber unterstützt dieses bößartige Treiben großer Kinder, das doch nur geordnet ist, die Arbeiter- und Soldatenräte zu diskreditieren. Jede Dummheit, jede Gewalttat geht als Heldentat gebrühen, wenn sie nur dazu beiträgt, das Chaos zu vermehren. Mit jeder neuen Nummer bestärkt sie Breitscheldts Ausspruch: Wir haben überhaupt keine Politik.“ Sie hat nur verlogene Gehe und skrupellose Demagogie für die Allerdümmsten.

Lügenheke der „Freiheit“.

„Arbeitslose als Kanonenfutter“.

Berlin, 2. Februar. Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsummer unter der besonders großen und fettdruckten Ueberschrift „Arbeitslose als Kanonenfutter“ eine Sensationsnachricht, aus die das Blatt, wie es heute nicht selbst nicht zu glauben vermag. Es wird da behauptet, daß nach einer Meldung der „W. B. am Mittag“ die Reichsregierung beabsichtige, Arbeitslosen das Recht auf Unterstützung nur dann zuzugestehen, wenn diese zuvor sich für den östlichen Grenzschutz zur Verfügung gestellt haben, in die betreffenden Formationen aber nicht eingereicht werden konnten.

Es bedarf keines Hinweises, daß an dieser unsinnigen Zitatennachricht kein wahrer Wort ist.

Lebensmittel für Deutschland.

Die Entente fordert Garantien.

Berlin, 1. Februar. Wie die Waffenstillstandskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben finanzieller Art von der deutschen Regierung verlangt werden. So soll der Kassenbestand der Deutschen Reichsbank und ihre Verträge an Auslandswedeln und Wertpapieren angegeben werden, die an neutralen Plätzen lombardiert werden können. Ebenso werden Angaben gefordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken, sonstiger Institute und von Privatpersonen befinden. Ferner soll berichtet werden, welche gesicherte Nachlieferung die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger an Depositionen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu requirieren. Daran anschließend soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr vorbehalten sind der Billigung der alliierten Regierungen bereitzustellen. Die Note betont, daß alle technischen Ausführungen über diese Punkte möglichst schnell mitzuteilen werden müßten, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen könnten.

Es ist das erste Mal, daß die Alliierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie von einer deutschen Ausfuhr sprechen. Mit anderen Worten, es gewinnt den Anschein, als ob die Entente dem Gedanken einer Aufhebung der Blockade allmählich doch näherzutreten zu müssen glaubt. Die Note beweist aber zunächst, daß der Versuch für die Werte, die er uns liefern will, unbedingte Sicherheit verlangt, d. h. er will Abluna nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur durch Arbeit erzeugen können. Was wir brauchen, ist also Arbeit und nochmal Arbeit. Nur so bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe. Und nur dann ist an eine Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu denken. Aber dauernde Streiks und Verluste, die Ausfuhr der deutschen Schiffe zu verhindern, müßten uns dem Hungertode entgegenführen.

Spartakushoffnung auf die Entente.

Bei einer Trauerfeier des Spartakusbundes für Rosa Luxemburg und Liebknecht wurde gestern ein Flugblatt verbreitet, das die Regierung Ebert-Scheidemann in der bekannten lägerischen Weise für den Tod der beiden Führer des Bundes verantwortlich macht, im übrigen aber vor terroristischen Anschlägen und vorzeitigem bewaffneten Vorschlagen warnt. Hunger und Arbeitslosigkeit würden die Massen schon zu den Spartakisten treiben und dann sei der Sieg sicher.

An dem Tage, an dem sich die Mehrheit des Volkes zu Spartakus bekennen sollte, würde seine Herrschaft allerdings gesichert und nach demokratischen Grundätzen berechtigt sein. Spartakus könnte dann ohne bewaffneten Vorschlag zu seinem Ziel kommen. Besonders bemerkenswert scheint uns aber folgender Satz:

Die Regierung, die statt auf dem Boden vor dem Kapital der Entente liegt, wird von ihr kein Brot, sondern nur Tritte steigen.

Auf das unmenschliche Verhalten der Entente gegen Deutschland gründet der Bolschewismus in Deutschland seine Siegeshoffnung!

Vergewaltigung deutscher Kriegsgefangener Bolschewistische Propaganda.

Ein Hamburger Blatt brachte kürzlich die Nachricht, daß über 20000 deutsche Kriegsgefangene in Rußland als Instrukturen für die bolschewistische Propaganda ausgebildet und 50000 deutsche Gefangene trotz deutscher Proteste von den Bolschewisten in die Báltarmer eingereicht worden wären. Wenn auch diese Zahlen zweifellos sehr übertrieben sind, so ist doch immerhin bemerkenswert, daß eine beträchtliche Zahl deutscher Kriegsgefangener zu bolschewistischen Diensten gezwungen ist. Diese Tatsache spricht für sich und leuchtet zur Genüge die menschenbegleitenden Freischützereien des bolschewistischen Terror.

Groß-Berlin Das Bürgertum in Not.

Mobilmachung zu den Gemeindevahlen.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin veranstaltete gestern eine Versammlung zu dem Zweck, für die bevorstehenden Gemeindevahlen ein einheitliches Vorgehen des Bürgertums zustande zu bringen.

Vizepräsident Dr. Wessel, der Präsident des Bürgerrats, sagte in seinem Vortrag, daß durch überfüllte Neuordnung der Kommunalverfassung das Bürgertum vergewaltigt worden sei. Die jetzige Regierung, die doch nur eine provisorische sei, habe die ihr zugefallene Gewalt wie ein Faustrecht ausgenutzt. Er sprach von „einstufig-sozialistischer Entwicklung“ und eizerte in diesem Zusammenhang gegen „wahnsinnige Lohnforderungen“ und „wilde Streiks“, ohne zu bedenken, daß diese Dinge nichts mit dem Sozialismus zu tun haben. Eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien scheint ihm unbedingt nötig; das Bürgertum müsse über die Parteien hinweg hinwegkommen und sich einigend gewissermaßen eine neue Partei gründen, eine „Partei der Ratsunde und Ordnungsmäßigkeit“. Als Vertreter der Christlichen Volkspartei (Zentrum) führte Dr. Korthaus aus, das Bürgertum befinde sich in höchster Not. Der Plan, das gesamte Bürgertum gegen die rote Flut zu weigeln, habe bisher bei der Deutschen demokratischen Partei wenig Erfolg gefunden, da sie das Bürgertum an der Wange zu sein hoffe. Im Namen der Deutschen nationalen Volkspartei mahnte Direktor Walther zur Einigkeit. Auch aus der Sozialdemokratie, die man zu verjöhnen suchen müsse, würden (meinte dieser Redner) sehr viele wieder für die Parteien des Bürgertums zu gewinnen sein. Der Vorsitzende, Konsul Marx, rügte scharf, daß gegen die Verabschiedung der Deutsche demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei keine Vertreter ernannt hätten. Stadtverordneter Dr. Rathmann begründete die Zurückhaltung der Deutschen demokratischen Partei, für die er nicht als offizieller Vertreter sprach. Sehr scharf zog der Handwerkskammerpräsident Ueberrichter Kahardt vom Leder. Ueber Vektoren- und Claqueurwirtschaft bei Kandidaten-aufstellungen herrschte heftige Diskussion und Erbitterung. Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand wolle sich nicht länger gefallen lassen, daß hauptsächlich Akademiker als Kandidaten aufgestellt werden. Nicht von Herren mit dem Doktorhut, sondern von eigenen Vertrauensleuten wolle die gewerbe- und handelsbetreibende Bevölkerung vertreten werden. Nicht unter lebten Kandidaten, sondern unter den ersten solle man diese auf die Liste setzen, andernfalls werde mit eigenen Listen vorgegangen werden. Kahardt schloß: „Nun wissen Sie, was los ist. Handeln Sie danach! Ihr Schicksal haben Sie in der Hand.“ In der weiteren Debatte sprach unter anderen auch ein Vertreter des Kleinhandels, Herr Breilkopf. Er stellte sich als deutsch-demokratisch dar, fragte aber, ob jemals eine Berliner Freisinnsgroßen als „Demokraten“ anerkannt habe.

Die Versammelten nahmen mit sehr großer Mehrheit eine Resolution an. Sie erheben, entschieden und einmütigen Einspruch gegen die überfüllte Ansetzung von Erneuerungswahlen für die Stadtverordnungen und gegen eine gefekwdrige, ohne Mitwirkung der zuständigen Vollvertretung erfolgte Abänderung der für ihre Zusammensetzung grundlegenden Bestimmungen allein im Erordnungswege. Von der preussischen Nationalversammlung verlangen sie eine eingehende, den berechtigten Interessen des Bürgertums gerecht werdende Überprüfung dieser gewaltsam durchgeführten Neuordnung. Sie fordern von den bürgerlichen Parteien ein einmütiges Zusammengehen zur möglichst weitgehenden Sicherung der wirtschaftlichen und steuerlichen Interessen des Bürgertums vor seiner einseitigen Meindefassung.

Dieser Schlußsatz zeigt, um was das Bürgertum angesichts der bevorstehenden Gemeindevahlen bangt. Da das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht beseitigt ist, so wissen die bürgerlichen Parteien, daß sie in Berlin und den meisten Vororten wenig zu hoffen haben. Die werksfähige Bevölkerung der Groß-Berliner Gemeinden wird dafür sorgen, daß die bürgerlichen Parteien selbst bei einmütigem Zusammengehen auf die Bedeutungslosigkeit heruntergedrückt werden, die sie längst verdient hätten. Die Herrschaft in den Gemeindevahlungen gebührt der Sozialdemokratie.

Freiwillige für den Notfall.

Die Wahlen haben gezeigt, daß die angeborene Wehrheit der Berliner von einer Spartakusherrschaft nichts wissen will. Trotzdem ist leider damit zu rechnen, daß einige verkommene Janakker den Versuch erneuern könnten, sich mit Gewalt der Herrschaft zu bemächtigen. Ein solcher Versuch wäre natürlich vollkommen aussichtslos, wenn alle Berliner bewußt wären, sie würden dann im Ernstfall ebenso stehen, wie sie sitzen, und auf

diese Weise ihr Mehrheitsrecht geltend machen. Daß es so weit nicht kommt und neues Blutvergießen vermieden wird, kann nur durch w a s s a m e V e r e i t s c h a f t erreicht werden.

Das freiwilligen-Regiment Reinhard fordert jetzt die wehrfähigen Männer Berlins auf, sich als Zeitfreiwillige zu stellen. Diese Zeitfreiwilligen sollen in ihren Zivilstellungen bleiben und sich für den Notfall zur Verfügung halten. Die Spartakisten werden also wissen, daß sie nicht nur mit den unter Waffen stehenden Truppen zu rechnen haben, sondern auch mit einer mehr oder weniger großen, jederzeit präsenten Reserve. Je größer diese Reserve ist, desto aussichtsloser werden alle Putzversuche, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit, daß neue Kämpfe vermieden werden.

Der Bestand einer solchen Reserve ist zugleich das beste Mittel gegen den Verdacht, die Zeitfreiwilligen könnten eines Tages zu anderen Zwecken verwendet werden als zum Schutze der demokratischen Ordnung. Diese kann nicht besser geschützt werden, als wenn alle Gegner einer neuen Gewalt Herrschaft, alle Feinde unruhigen Blutvergiehens sich als Zeitfreiwillige melden. Durch bloße mannhafte Meldung kann wahrscheinlich schon erreicht werden, daß die Zeitfreiwilligen überhaupt nicht in Aktion zu treten brauchen und das ist gewiß das Beste!

Die Meldestelle befindet sich im Neuen Kriminalgericht, Roabit, Rathenower Str. 78.

Die Groß-Berliner Zeitungsmanuskripten und Militärfrankensurter werden vom Reichsamt für die Presse, Berlin, Schadowstr. 13, aufgegeben. Bis zum 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Reichsamt für die Presse, Alexanderplatz, zugewiesen, um ihre vollständige Lage zu beraten und eine Entscheidung der Arbeitslage und des Berstellungsstandes in die Wege zu setzen. Die Beschlüsse der Zentrale werden geteilt, als Gültigkeit der Beschlüsse der Zentrale.

Ueber die Freisetzung der Frau* bricht Kbelte S ch r e i b e r in einem Fortschritt der Zeitung „D o s t a“ beginnend am 6. Februar an 6 Blättern ab.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Preis. Auf Berliner Lebensmittelkarte Abschnitt 84 100 Gramm Grieß, Abschnitt 82 150 Gramm Runkelrübe ab Dienstag bei den Kleinhandlern. Auf die Berliner Lebensmittelkarte Abschnitt 9 und gegen Vorlage der neuen Rührkarte für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1 Pfund Getreide, Abschnitt 10: Soudbrunnen, Abschnitt 11 der Eisenkarte 1 G für die Kunden mehrerer Geschäfte. Die Ausgabe erfolgt am Montag.

Salzwasser. Bis 4. Februar Voranmeldung für 500 Gramm Parmelade auf die Abschnitt 91 und 92. Angefälligt wird die Ausgabe von 150 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 96, 150 Gramm Suppen auf Abschnitt 97 und 2 Suppenwürfel auf Abschnitt 97 der Lebensmittelkarte. Getrocknete Kaviar und getrockneter Beig- und Grünlohn demnach freilänglich.

Wismereborf. 125 Gramm Klee bis 3. Februar, 600 Gramm Tommelade bis 6. Februar, Kaviar, 100 Gramm Teigwaren, 150 Gramm Kaviar, 100 Gramm Teigwaren für Jugendliche, marie-leites Belgisch-Laurekrant in beliebiger Menge, 5 Pfund Kartoffeln. Bis 6. Februar Enttragung in die neuen Kundenlisten für Verbrauchsmittel und Rührmittel.

Vichtenberg. 250 Gramm Parmelade auf Abschnitt 91, 150 Gramm Getreide auf Abschnitt 98. Kaviar und Getreide 200 A und B.

Pantow. Von Dienstag, den 4. Februar ab auf Abschnitt 97 150 Gramm Grieß.

Reinchenborf. In Zukunft erfolgt die Ausgabe von Kaviar sowie Kaviarwaren nur nach genau Abrechnung des Abschnittes 200 A und B.

In den amtlichen Verkaufsstellen vorläufige Preisliste zum Preise von 4 Pf für die Dose in beliebiger Menge.

Teepion. 150 Gramm Suppen auf Abschnitt 96, 1 Paket Rührmittel auf Abschnitt 93 für Berlin über 65 Jahre, 1 Paket Rührmittel für Kinder, Wagemilchpulver der Gruppe I. Bildersaal in Teepion-Lo 3 auf Rührmittel und Abschnitt B - Nummernauslauf - Gerichte auf Abschnitt 4, trische Hühner auf Abschnitt 20 - Nummernauslauf - Rührwaren auf Abschnitt 19 - Nummernauslauf - nach Entschließen der Ware. Freilänglich Weisbrot, Kaviar, Zwiebeln, Gemüze, Kaviar und Kaviarwaren.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Groß-Berliner Parteinaechrichten. Heute abend 7 Uhr findet eine Versammlung der 29. Abteilung bei W. Burg, Prenzlauer Allee 189, statt.

Letzte Nachrichten.

Die Internationale in Bern.

Paris, 2. Februar. (Davas.) Auf der Versammlung der internationalen Gewerkschaftskonferenz erklärten die amerikanischen und belgischen Vertreter, sie würden nicht nach Bern gehen, sondern in Paris bleiben. Die Zeit sei nötig, um die internationalisierte Konferenz vorzubereiten, aber sie würden mit den Deutschen erst nach dem Frieden verhandeln. Auf alle Fälle würden sie es versuchen, daß in den Friedensvertrag Bedingungen eingeschaltet werden, die den Interessen der Arbeiter aller Länder entsprechen. J o u h a u z erklärte, es sei unmöglich, die internationalisierte Konferenz in Paris zustande zu bringen vor der Konferenz in Bern. Er bedauerte die Belagerung der Amerikaner und Belgier und erklärte, der allgemeine französische Arbeiterbund werde zur Konferenz nach Bern gehen.

Man erwartet Manuel.

Lyons, 1. Februar. (Neutermelung.) Da sich die Siege der Monarchisten bestätigen, hat sich eine nationale Regierung mit Raiba Conceiro als Premierminister und Kriegsminister gebildet. Die Regierung befehrt einen großen Teil Portualls und erwartet die Ankunft Manuels.

Paris diktiert den Polen-Tschechenfrieden.

Paris, 2. Februar. (Davas.) Ein vorläufiger Vertrag, dem noch die Unterschriften der polnischen und tschechoslowakischen Delegierten zur vollen Rechtsgültigkeit fehlen, legt den Tschechoslowaken die Verpflichtung auf, gewisse Grenzen nicht zu überschreiten, die polnischen Gefangenen zurückzugeben, keinerlei militärische Posten anzulegen, endlich Polen unter den festgesetzten Bedingungen Kohle zu liefern. Nächsten Montag werden die Alliierten einen Ausschuss von fünf Mitgliedern ernennen, der die Ausführung des Vertrags an Ort und Stelle überwachen soll.

Die Streikbewegung in England.

Dass, 2. Februar. (S. N.) Aus London wird gemeldet: Schinwell, der Vorsitzende der Streikkommission in Glasgow, ist verhaftet worden. Bei den Aufständen in Glasgow wurden insgesamt 63 Personen verurteilt, darunter 34 Zivilisten und 19 Polizisten. Der Streik der 30000 Metallarbeiter ist beilegt. Die Arbeit soll am Montag wieder aufgenommen werden.

Amsterdam, 2. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge schreibt „Daily Telegraph“ über die Streiks in Schottland, man müsse zugeben, daß die Lage sehr kritisch sei. Die ganze Bewegung ginge von der bolschewistischen Gruppe in Glou ab.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Walter Schulz, Berlin; für den Anzeigen-Teil: Walter Schulz, Berlin; Verlags-Verantwortlich: Erich Kautner, Berlin; Druck: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstraße 1.

